

Ludger Schulze Temming
Rilkeweg 5
48268 Greven

17.07.2009

Pressemitteilung

Die Bürgerinitiative (BI) gegen den Ausbau des FMO e.V. begrüßt das vom NABU-Landesverband NRW erstrittene Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig vom 9.07.2009 zur geplanten Startbahnverlängerung am FMO auf 3.600 m.

Hierdurch erhält nicht nur das Oberverwaltungsgericht NRW in Münster Gelegenheit, die Gründe für den Ausbau und die Belastbarkeit der Bedarfsprognose für den Interkont-Verkehr am FMO im zweiten Rechtsgang erneut zu gewichten. Auch die Politiker in den an der FMO-GmbH beteiligten Gebietskörperschaften (insbesondere Stadt Münster, Kreis Steinfurt, Stadt und Kreis Osnabrück, Stadt Greven) haben jetzt die Pflicht, kritisch zu prüfen, ob der Ausbau auf eine Startbahnlänge von zunächst 3.000 m und schließlich 3.600 m unter Berücksichtigung der nur relativ wenig zu erwartenden Arbeitsplätze tatsächlich für die Region wirtschaftlich sinnvoll und für die Natur verträglich ist, meint die BI.

Unter Berücksichtigung der Passagierzahlen an den drei zukünftigen Interkont-Konkurrenzflughäfen in Hamburg, Hannover und Köln, bei denen schon seit weit über zehn Jahren Interkont-Startbahnen vorhanden sind, lohnt sich der Ausbau der Startbahn am FMO auf Interkontfluglänge jedenfalls nicht. Diese drei Flughäfen hatten nach der Statistik der Arbeitsgemeinschaft der Verkehrsflughäfen in Deutschland (www.adv-net.org) im Jahr 2000 (also noch vor dem Anschlag in New York am 11.09.2001) an allen drei Flughäfen zusammen gerechnet ca. 1 Mio. Passagiere im Außer-Europa-Verkehr. Im Jahr 2008 lag die Zahl immer noch bei ca. 1 Mio. Passagiere, obwohl die Passagierzahlen im Außer-Europa-Verkehr an den Drehkreuzen in München und Frankfurt im gleichen Zeitraum deutlich angestiegen sind, nämlich um 33 Prozent (von ca. 20 Mio. auf ca. 27 Mio. Passagiere).

Dies zeigt, dass der Interkontverkehr auch in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit weitestgehend über die Drehkreuze in Frankfurt und München und zukünftig eventuell über den ausgebauten Flughafen in Berlin abgewickelt werden wird, meint die BI in ihrer Pressemitteilung abschließend.